

# *Kues-Newsletter* (121)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der CDU,



*zunächst möchte ich Ihnen ein schönes und erholsames Osterfest wünschen. Ich hoffe, dass Sie die Zeit finden, inne zu halten und Kraft zu schöpfen. Ich möchte Ihnen aber auch meine persönliche Einschätzung zu einigen Punkten geben, die in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.*

## Große Koalition

Viele Menschen können es schon gar nicht mehr erwarten, dass das Thema Große Koalition nach der nächsten Bundestagswahl im Herbst abgeschlossen sein könnte. Aber erstens ziehen bis dahin noch einige Wochen ins Land und wir haben einen **Regierungsauftrag, den wir erfüllen werden**. Denn auch wenn sich die ersten Vorboten des Wahlkampfes bemerkbar machen, dürfen wir es uns angesichts der derzeitigen Krise nicht leisten, ein halbes Jahr mit parteitaktischem Geplänkel zu verschwenden.

Und zweitens würde ich mich zwar auch freuen, wenn wir demnächst neue politische Möglichkeiten erhielten. Aber ich glaube, die **Große Koalition wird in der Geschichtsschreibung besser weg kommen, als es viele momentan wahr haben wollen**. Ich erinnere nur an die äußerst positive Entwicklung des Arbeitsmarktes und den nahezu ausgeglichenen Haushalt, den wir vor der globalen Wirtschaftskrise aufstellen konnten. In der Familien- und Integrationspolitik gab es weitere Erfolge.

## Wirtschaftskrise

Seit Wochen ist die globale Wirtschaftskrise ein Dauerthema. Und sie wird es mittelfristig auch bleiben. Es ist eine Krise, wie es sie in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Es gibt kein Patentrezept zur Lösung der Probleme. Umso wichtiger ist es, dass wir eine **Regierungschefin haben, die das Ruder fest in der Hand hält**. Wer wie ich die Kanzlerin in Fraktion und Kabinett direkt erlebt, sieht so manchen Panik verbreitenden Kommentar etwas

gelassener. Journalisten brauchen Krisen für Schlagzeilen und Meldungen. Und man darf die aktuelle Krise auch nicht im Geringsten verharmlosen. Aber ich kann Ihnen versichern, dass die Bundeskanzlerin die Ruhe und Übersicht bewahrt. Ein Verhalten, das Vielen in diesen Tagen gut tun würde.

## FDP

Unser möglicher nächster Koalitionspartner sieht in den Umfragen momentan wie der große politische Gewinner der Wirtschaftskrise aus, obwohl er eine Wirtschaftspolitik von gestern vertritt. Ich bin überzeugt, dieser **Höhenflug der FDP wird sich auch wieder legen**. Und es wäre erst recht falsch, den Liberalen hinterher zu laufen. **Wir sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft** und stehen damit für ein Wirtschaftsmodell, das gerade auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten eine soziale Stabilität ermöglicht, von der andere Länder nur träumen können. Dazu gehört auch, die Rolle des staatlichen Einflusses pragmatisch zu sehen. Der Markt stößt momentan an seine Grenzen. Es braucht die Hilfe des Gesetzgebers.

## Verstaatlichung

Wenn man den Fall Opel ganz nüchtern betrachtet, haben Manager durch verfehlte Konzepte über Jahre dafür gesorgt, dass eine Traditionsmarke jetzt praktisch vor der Insolvenz steht. Das gleiche gilt für die unverantwortlichen Spekulationen einiger Banken. Jetzt das Risiko im Fall des Scheiterns auf die Allgemeinheit abwälzen zu wollen, ist eine für sie einfache Lösung, die es aber so nicht geben kann. Als die Väter und Mütter des Grundgesetzes in Artikel 14 geschrieben haben, dass **Eigentum verpflichtet**, haben sie sich etwas dabei gedacht. Der **Einstieg oder die Bürgschaft des Staates kann nur ein allerletztes Mittel sein**, wenn beispielsweise die Absicherung von Pensionen und Lebensversicherungen weg bricht. Die HRE ist vom Markt enteignet worden. Ein Einsatz von Steuermitteln ohne staatliche Kontrolle wäre nicht in Ordnung.

## Papst

Aufregung gab es auch um die Aussage der Bundeskanzlerin zum Vorgehen des Vatikans in Bezug auf die Piusbruderschaft. Meines Erachtens wäre es **verhängnisvoll, wenn das rückwärtsgewandte Verständnis der Piusbrüder als unser Verständnis von „christlich“ wahrgenommen würde**. Soweit zur Bedeutung für die CDU. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass unsägliche Personen, wie Bischof Williamson, toleriert werden. Deswegen musste sich Angela Merkel äußern

## Stiftung Zentrum für Vertriebene

Dass das Schicksal der Vertriebenen, auch das der deutschen, nicht in Vergessenheit gerät, ist ein wichtiges Anliegen. Die kommenden Generationen, die nicht mehr aus erster Hand erfahren können, was geschehen ist, sollen sich unter anderem im geplanten Vertriebenenzentrum informieren können. Die **Diskussion um Erika Steinbach hat ein unwürdiges Licht auf dieses Projekt geworfen. Denn ohne Steinbach und ohne eine Bundeskanzlerin Angela Merkel würde es das Projekt nicht geben**. Der vorläufige Verzicht Steinbachs auf den Posten im Stiftungsrat ist klug, um die Schärfe aus der Diskussion zu nehmen. Es geht um einen wichtigen Kapitel unserer Vergangenheit. Nur wenn dieses offen diskutiert wird, kann es wirkliche Versöhnung geben.

## Konservativ

Die CDU und ihr Verhältnis zu den Konservativen ist ein weiteres Thema, das ausgiebig diskutiert wird. Diese Diskussion wird in weiten Teilen oberflächlich geführt. Erstens heißt die CDU nicht Konservativ Demokratische Union, sondern vereint **verschiedene politische Wurzeln** auf der Basis des christlichen Menschenbildes in ihren Reihen (jeder Mensch ist gleich wertvoll etc.). Und zweitens ist die CDU eine Partei, die in erster Linie **wertkonservative und nicht strukturkonservative** Ansichten verfolgt. Das heißt, wir müssen uns so verhalten, wie es die Besten unserer Vorfahren in unserer Situation getan hätten. Es kann nicht darum gehen, Vergangenheit zu verklären.

## Optionskommunen

Die Union hat den Vorschlag von Arbeitsminister Scholz zur Neuorganisation der Arbeitsverwaltung abgelehnt. Das löste heftige Diskussionen bei der SPD aber auch in den eigenen Reihen aus. Aber es hätte **keinen Sinn**

**gehabt, mitten in der Wirtschaftskrise durch einen Behördenumbau unnötig Kräfte zu verschleifen**. Darüber hinaus hätten sich erhebliche Mehrkosten ergeben – nach unseren Schätzungen bis zu 500 Millionen Euro jährlich. Wir brauchen eine möglichst **bürgernahe Betreuung** von Arbeitslosen, das heißt durch die Kommunen vor Ort. Nur sie kennen die lokalen Gegebenheiten und können sich flexibel und effektiv um die Betroffenen kümmern. Bei der Reform, für die der Gesetzgeber bis 2010 Zeit hat, werden wir auf diesen Aspekt deshalb besonderen Wert legen. Die Optionskommunen in unserer Region gehen mit gutem Beispiel voran, wie es funktionieren kann. Bis dahin braucht kein Arbeitsloser um seine Betreuung bangen.

## Mittelstand

Vieles dreht sich in der öffentlichen Diskussion um die Banken und Großkonzerne. Wir haben aber auch den Mittelstand nicht vergessen.

Für Forschung und Entwicklung stellt der Bund ihm in diesem und im kommenden Jahr jeweils 450 Millionen Euro zur Verfügung. Und gesunde Unternehmen, die wegen der Zurückhaltung der Banken zurzeit nur unzureichend Kredite bekommen, erhalten Bürgschaften vom Bund und Kredite von der bundeseigenen KfW-Bank. Bedingung: Die eigene Bank steigt mit ein. Über das ursprüngliche 15-Milliarden Sonderprogramm für den Mittelstand hinaus steht ein Bürgschaftsvolumen von 100 Milliarden Euro zur Verfügung. Der **Mittelstand erhält somit die gleichen Möglichkeiten wie große Unternehmen**.

## Konjunkturpaket in Grafschaft und Emsland

Dass wir mit dem Konjunkturpaket etwas bewegen, kann man auch bei uns in der Region sehen. Zahlreiche Projekte profitieren von Zuschüssen. Ich erinnere an das Kloster Frenswegen, das Ludwig-Windthorst-Haus, die Emslandhallen und das St. Vinzenz-Hospital in Haselünne, die Unterstützung in Millionenhöhe bekommen. Und auch die zahlreichen Schulen, die über die Landkreise Gelder für Sanierung und Ausstattung erhalten, profitieren.

Die Herausforderungen sind gewaltig. Aber wir begreifen sie als Chance. Und ich bin zuversichtlich, dass wir die richtigen Konzepte haben, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Schöne Ostertage.

Ihr

